

FAKTENCHECK SO LEBEN WIR

FÜR DIE VIELEN, NICHT DIE WENIGEN

www.jbi.or.at



FAKTENCHECK SO LEBEN WIR



IMPRESSUM

1. Auflage, November 2020

Medieninhaber: Marie Jahoda – Otto Bauer Institut,

Landstraße 36, 4020 Linz, Telefon: (05) 7726 1131

ZVR-Nr.: 465027902

Redaktion: Georg Hubmann, Johannes Rendl, Nora Waldhör

Grafik: contentschmiede

Hersteller: Gutenberg-Werbering Ges. m.b.H, 4020 Linz

Bestellung unter: office@jbi.or.at

Die Broschüre und die Grafiken stehen auf unserer Webseite unter www.jbi.or.at zur Verfügung

VORWORT

Das Marie Jahoda – Otto Bauer Institut arbeitet an der Schnittstelle zwischen wissenschaftlicher Forschung und politischer Praxis. Denn um die Zukunft gestalten zu können ist es notwendig, sich mit der Gegenwart und den notwendigen Voraussetzung für ein gelungenes Zusammenleben auseinander zu setzen. Das gilt im Großen genauso wie im Kleinen. Unsere aktuelle Analyse unter dem Titel „Faktencheck - So leben wir“ zeigt dazu die wichtigsten Kennzahlen, Daten und Fakten in den Bereichen Ungleichheit, Sozialstaat, Arbeit, Bildung und Umwelt. Die Grundlage für diese Broschüre bilden verschiedene Studien von Universitäten, der Arbeiterkammer und zivilgesellschaftlichen Organisationen, Daten aus dem Arbeitsmarktservice, dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger oder der Statistik Austria.

Hinter all diesen Zahlen, Daten und Fakten stecken konkrete Lebensgeschichten. Die Geschichten von Menschen, die ihre Wünsche und Träume von einem erfüllten Leben umsetzen möchten. Das ist gerade in der Corona-Pandemie mit allen gesundheitlichen Risiken und den dramatischen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen nicht einfach. Die Situation zeigt, wie wichtig ein gut ausgebauter Sozialstaat ist. Aber es braucht eine Stärkung der öffentlichen Systeme und der sozialen Absicherung, damit in der Krise die Ungleichheit nicht weiter zunimmt. Wenn über 400.000 Menschen ohne Beschäftigung dastehen, wenn der Anteil der Kinderbetreuungsmöglichkeiten mit ausreichenden Öffnungszeiten viel zu langsam steigt und der Zugang zur Bildung immer noch stark von dem Bildungsstand der Eltern abhängt, dann ist klar: Es gibt noch viel zu tun auf dem Weg zu einer gerechten Gesellschaft.

Kluge Politik bedeutet, diese Fakten ernst zu nehmen und daraus die richtigen Ableitungen zu treffen, damit unsere Lebensumstände und unsere Gesellschaft freier, gleicher, gerechter und solidarischer werden können. Diesen Prozess der Verbindung von wissenschaftlicher Analyse und Umsetzung in der Politik unterstützen wir mit unserer Arbeit und den vorliegenden Daten. Für weitere Rückfragen und Analysen stehen wir gerne zur Verfügung.

„Die Welt wird unübersichtlicher. Diese Broschüre zeigt zentrale Daten und Fakten für mehr Klarheit in schwierigen Zeiten.“



*Dr. Georg Hubmann
Marie Jahoda – Otto Bauer Institut*

INHALT

UNGLEICHHEIT

Vermögensverteilung	6
Erbschaftssteuer	7
ManagerInnengehälter	8
Armutgefährdung	9
Demokratie	10

SOZIALSTAAT

Gemeinwohl	11
Pensionen	12
Jugendarbeitslosigkeit	13
Jugend ohne Zukunft	14
Gesundheit und Pflege	15
Ein-Personen-Unternehmen	16
Löhne und Mieten	17
Wohnungsmarkt	18
Gewalt an Frauen	19

BESCHÄFTIGUNG

Beschäftigungslosigkeit	20
Arbeitszeitverkürzung	21
Systemrelevante Berufe	22
Arbeit und Gesundheit	23
Prekäre Arbeit	24
Gleichbehandlung	25

BILDUNG

Kinderbetreuung	26
Gerechte Bildung	27
Bildungschancen	28
Soziale Lage der Studierenden	29

UMWELT

Wirtschaft und Industrie	30
Flächenversiegelung	31
Mobilität	32
Freier Seezugang	33

Vermögensverteilung

Gleichheit ist Glück

Der größte Profiteur einer gerechten Verteilung ist die Gesellschaft selbst. Soziale Spannungen, Lebenserwartung, Gesundheit, Bildungschancen, Geburtenrate, Verbrechensrate und viele andere Faktoren stehen in einem direkten Zusammenhang zur Verteilung von Vermögen. Es gilt: Je gleicher die Einkommen und Vermögen verteilt sind, desto glücklicher ist unsere Gesellschaft. Leider ist das in Österreich nicht der Fall. Das reichste 1 % besitzt rund 40 % des Nettovermögens, die ärmsten 50 % gerade einmal 2,5 %.

Keine breite Mittelschicht bei Vermögen

In Österreich gibt es keine Mittelschicht bei der Vermögensverteilung. Die üblichen Vermögensgegenstände sind in der unteren Hälfte das Auto oder ein Sparbuch. In der oberen Mitte ist es das Eigenheim. Erst unter den reichsten 20 % sind Wertpapiere ein Faktor und in den Top 5 % Immobilien, Zinshäuser und Unternehmensbeteiligungen. Die Corona-Krise hat viele Menschen an den Rand ihrer Existenz gebracht. Es wird also Zeit, dass

die Vermögenden über eine Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung zum Wohl unserer Gesellschaft mehr beitragen und wir so einen Pfad zu mehr Gleichheit einschlagen.

Zum Weiterlesen:

Fessler, P./Lindner, P./Schürz, M. (2019): Eurosystem Household Finance and Consumption Survey 2017. First results for Austria, Österreichische Nationalbank, unter:

<http://bit.do/vermoegensverteilung01>

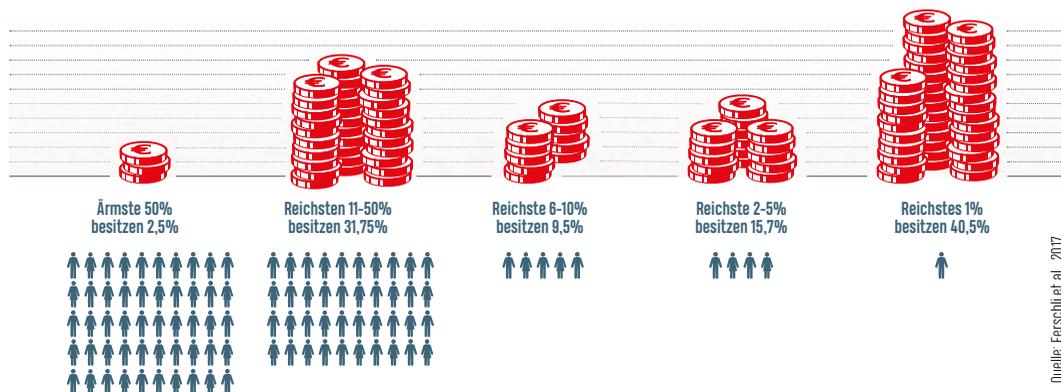
AK Wien/Marie Jahoda - Otto Bauer Institut (2020): Vermögensverteilung. Für die Vielen, nicht die Wenigen, unter:

<http://bit.do/vermoegensverteilung02>

LINKTIPP:

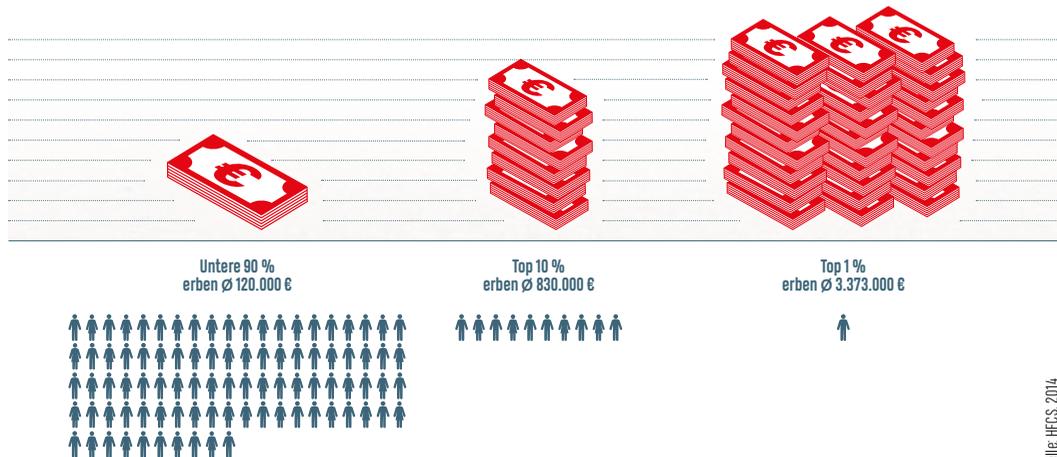
Alle Zahlen und Daten zu Verteilungsfragen in Österreich gibt es auf einen Blick unter: verteilung.at

WER HAT WELCHEN ANTEIL AM VERMÖGEN?



Quelle: Ferschli et al., 2017

WER ERBT WIEVIEL?



Erbschaftssteuer

Erben ist keine Leistung

Erbschaften sind in Österreich sehr ungleich verteilt. Wer wieviel erbt hängt davon ab, in welche Familie man hineingeboren wird und das macht einen großen Unterschied in den Lebenschancen der Menschen.

In den unteren 90 % der Bevölkerung erbt nur jeder dritte Haushalt. Durchschnittlich geht es dabei um 120.000 Euro, meist in Form einer Immobilie, eines Fahrzeuges oder Geld. Je reicher ein Haushalt ist, desto höher ist die Chance auf ein Erbe und desto größer ist es natürlich auch. Die oberen 10 % der Bevölkerung erben mit einer Wahrscheinlichkeit von 71 %. Die Erbschaft beläuft sich dann im Durchschnitt auf 830.000 Euro. Das Top 1% erbt im Durchschnitt überhaupt 3,4 Millionen Euro. Aufgrund der schlechten Datenlage bei der Erfassung des Vermögens reicher Haushalte, muss man aber davon ausgehen, dass in Wahrheit wesentlich höhere Werte vererbt werden.

Die Mehrheit ist für eine Erbschaftssteuer

Erbschaften sind ein zentraler Grund für die ungleiche Verteilung von Vermögen in Österreich und sollten daher besteuert werden. Das sehen auch mehr als die Hälfte der ÖsterreicherInnen so. Entgegen aller Mythen ist die Besteuerung von Erbschaften eine populäre Forderung: 72 % sind dafür!

WUSSTEST DU SCHON?

Erbschaften gewinnen in den nächsten Jahrzehnten an Bedeutung. 2020 werden 12-15 Milliarden Euro vererbt, 2030 schon 17-20 Milliarden und 2040 etwa 23 Milliarden Euro. Dadurch steigt das finanzielle Potential einer Erbschaftssteuer enorm. Dieses Geld wird bei der Bekämpfung des Pflegenotstands und der Arbeitslosigkeit dringend benötigt.

ManagerInnengehälter

Ist das verdient?



VERHÄLTNISS VON LÖHNEN UND MANAGER/INNENGEHÄLTERN

Eine im April 2020 von der AK Wien durchgeführte Analyse der im Austrian Traded Index (ATX) gelisteten Unternehmen zeigte, dass ein durchschnittliches Managementgehalt im Jahr 2019 bei 1,9 Millionen Euro lag. Das ist 57-mal mehr als ein mittleres Einkommen in Österreich und der zweithöchste Wert seit der ersten Erhebung im Jahr 2003. Der Trend der letzten Jahre bestätigt sich: Vorstandsvergütungen haben sich in den großen börsennotierten Unternehmen immer mehr vom übrigen Lohn- und Gehaltsgefüge abgekoppelt. Ein Beispiel: In der voestalpine verdienen ManagerInnen das 41-fache ihrer Beschäftigten.

Die SpitzenverdienerInnen

Die Spitzenreiter im Gehaltsranking sind Rainer Seele (OMV) mit 7,2 Millionen, Wilhelm Hörmanseder (Mayr-Melnhof) mit 5,2 Millionen und Anas Abuzaakouk (BAWAG) mit 4,9 Millionen Euro Jahresgehalt. Angesichts der Höhe von Managementbezügen und der wachsenden gesellschaftlichen Ungleichheit muss über eine Wiedereinführung einer Vermögenssteuer nachgedacht werden. Nur so kann der immense Reichtum an der Spitze der Einkommenspyramide gerecht umverteilt werden. Für die Vergü-

tungspolitik von Aufsichtsräten braucht es einen „Angemessenheitsfaktor“ von ArbeiterInnen- und ManagerInnengehältern, um ein weiteres Auseinanderdriften zu verhindern. Außerdem ist zentral, dass sich das Management Ziele im Interesse der MitarbeiterInnen steckt und dabei die Belegschaft einbindet: Wie zum Beispiel die Sicherung der Arbeitsplätze, die Gestaltung der Arbeitsbedingungen oder Gesundheits- und Sicherheitsfragen im Betrieb. Große Unternehmen, die während der Corona-Krise staatliche Zuwendungen bekommen haben, müssen in jedem Fall die Ausschüttung von Boni pausieren und in den Erhalt von Arbeitsplätzen im Betrieb investieren.

Zum Weiterlesen:

AK Wien/Marie Jahoda - Otto Bauer Institut (2020): Einkommensverteilung. Für die Vielen, nicht die Wenigen, unter:

<http://bit.do/managerinnengehaeltero1>

Wieser, C. (2020): Vorstandsvergütung in den ATX Unternehmen. Gehälter-Ranking und Vergütungspolitik nach AktRÄG 2019, AK Wien, unter:

<http://bit.do/managerinnengehaeltero2>

Armutsgefährdung

Es trifft 1,5 Millionen Menschen

Die Armutsgefährdungsschwelle liegt 2020 in Österreich bei 1.286 Euro monatlich für Ein-Personen-Haushalte. Bei einem Erwachsenen mit einem Kind sind es 1.671 Euro und für zwei Erwachsene mit zwei Kindern 2.700 Euro. In Österreich sind rund 1,5 Millionen Menschen oder 17 % der Gesamtbevölkerung armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. In Oberösterreich trifft es 156.000 Menschen oder 11 % der Bevölkerung, 303.000 Kinder und Jugendliche leben in armutsgefährdeten Haushalten und das in einem der zwanzig reichsten Länder der Welt. Nach dem Corona-Lockdown und dem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit ist damit zu rechnen, dass diese Zahlen erneut steigen werden.

Gesamtstaatliche Offensive

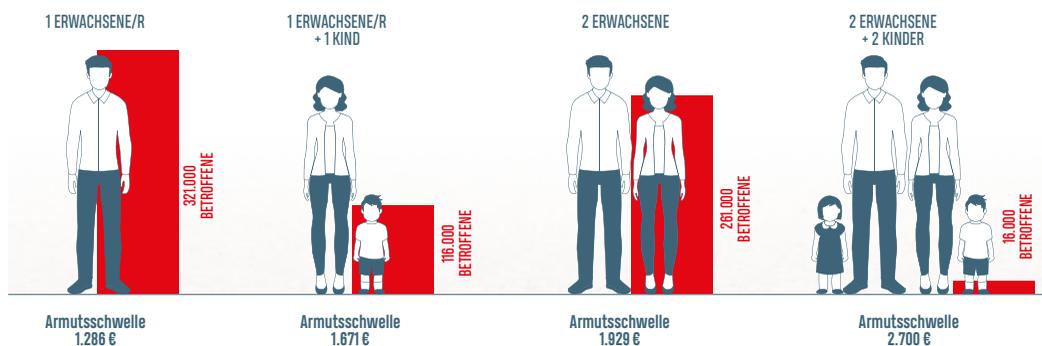
In einer derartigen Situation ist eine gesamtstaat-

liche Offensive von Nöten, um Armut effektiv zu bekämpfen. Die Anhebung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld auf 70 % und die Erhöhung der Notstandshilfe, sowie Investitionspakete zur möglichst raschen Senkung der Arbeitslosigkeit bieten sich in der Krise als effektive Mittel gegen die Armutsbedrohung an. Dazu gehören auch eine Jobgarantie und der Ausbau des sozialen Wohnbaus.

WUSSTEST DU SCHON?

15 % der armutsbetroffenen Kinder und Jugendlichen leben in überbelegten Wohnungen, 10 % in schimmeligen und 18 % in lauten Wohnsituationen. Im Durchschnitt haben sie nur 14 qm² Platz zum Leben, Spielen und Lernen. Das erschwert den sozialen Aufstieg durch Bildung erheblich.

WO LIEGT DIE ARMUTSSCHWELLE? WER IST BETROFFEN?



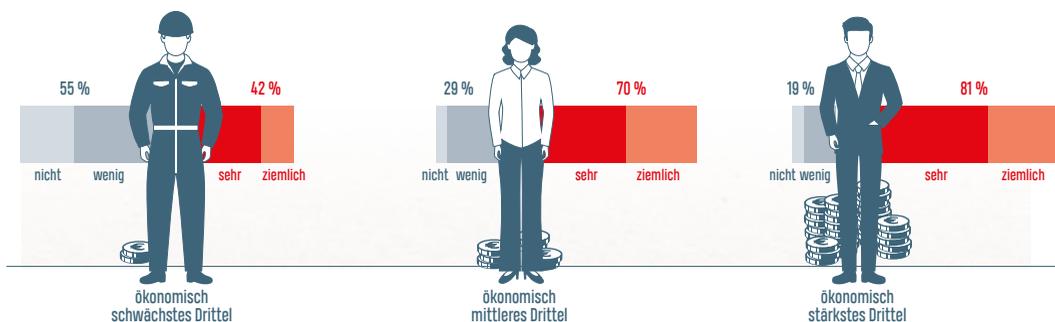
Quelle: Armutskonferenz/Statistik Austria, 2020

Demokratie

Wer beteiligt sich?

„MIT MEINER STIMME BEI DER NATIONALRATSWAHL KANN ICH DIE ZUKUNFT ÖSTERREICHS MITBESTIMMEN.“

Quelle: SOPRA, 2019



Ökonomische Ungleichheit schafft nicht nur unterschiedliche Lebensbedingungen, sondern sie beeinflusst auch die Beteiligung am demokratischen Prozess. Nur 42 % des ökonomisch schwächsten Drittels der ÖsterreicherInnen glauben, dass sie mit ihrer Stimme bei Wahlen etwas verändern können. Hingegen sind 81 % aus dem reichsten Drittel der ÖsterreicherInnen davon überzeugt, dass ihre Stimme etwas zählt. Dementsprechend geht nur die Hälfte des ökonomisch schwächsten Drittels wählen, während es 80 % des reichsten Drittels tun.

Politikverdruss in der arbeitenden Bevölkerung

Nach einer Arbeiterkammererhebung beteiligten sich hauptsächlich die Beamten und Angestellten in leitenden und mittleren Positionen an der Nationalratswahl 2017. Deutlich weniger manuell Arbeitende gingen zur Wahl und überhaupt nur die Hälfte aller Arbeitslosen. Das Interesse an Politik im Allgemeinen ist ein Spiegelbild der Wahlbeteiligung.

In der oberen Dienstklasse geben 70 % an sich für Politik zu interessieren, bei den ArbeiterInnen mit formal niedriger Qualifikation sind es 50 % und nur 30 % bei den Arbeitslosen. Die Politik hat ein Glaubwürdigkeitsproblem, sie scheint die Interessen der ArbeiterInnen und der ökonomisch Benachteiligten nicht ordentlich zu vertreten, sondern nur die Interessen der besser Gestellten. Das ist eine Seite der laufend sinkenden Wahlbeteiligungen.

Auf der anderen Seite stehen 1,4 Millionen Menschen, die nicht wählen dürfen, obwohl sie ihren Lebensmittelpunkt in Österreich haben oder gar hier geboren sind, da sie z.B. eine andere Staatsbürgerschaft haben. Damit sich wirklich alle Menschen, die in Österreich leben, am demokratischen Prozess beteiligen können, braucht es eine Änderung des Wahlrechts: Jeder Mensch mit Lebensmittelpunkt in Österreich soll nach drei Jahren das aktive und das passive Wahlrecht ausüben können.

Gemeinwohl

Alle leisten einen Beitrag

Ob Straße, Schiene, Krankenhaus oder Schule: Wir alle leisten mit unseren Steuern und Abgaben einen Beitrag zum Gemeinwohl. Die Lohnsteuer liefert mit etwa 28 Milliarden Euro einen großen Teil der öffentlichen Einnahmen. Sie ist in Österreich progressiv gestaltet: Sie steigt mit dem Anwachsen des Einkommens an. Verdient man 1 Million Euro, so wird der höchste Steuersatz von 55 % schlagend. Die Einkommenssteuer für Selbstständige bringt in etwa 5 Milliarden Euro. Neben den Steuereinnahmen machen die Sozialversicherungsbeiträge der DienstnehmerInnen 30 Milliarden bei den öffentlichen Einnahmen aus. Diese sind prozentual für alle gleich, außer bei der Deckelung der Höchstbeitragsgrundlage für sehr hohe Einkommen und der Befreiung von geringen Einkommen. Der größte Teil der Steuereinnahmen kommt jedoch aus der Mehrwertsteuer (29 Milliarden Euro). Konsumsteuern, wie die Mehrwertsteuer, wirken regressiv: je höher das Einkommen, desto niedriger der Ein-

kommensanteil, der für diese Steuern aufgewendet wird. Haushalte mit niedrigen Einkommen müssen einen größeren Anteil für Konsumausgaben verwenden (z.B.: Lebensmittel, Miete, Handyrechnungen) und bezahlen dafür Mehrwertsteuer. Haushalte am oberen Ende der Einkommensverteilung sparen hingegen einen beträchtlichen Anteil ihres Einkommens und zahlen dafür keine Mehrwertsteuer.

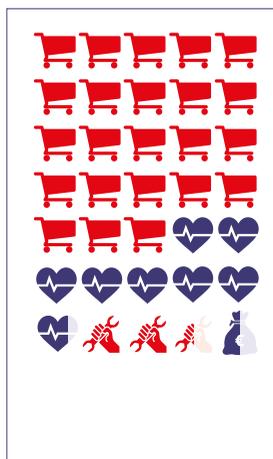
Entlastung der Einkommen aus Arbeit

Klar ist, dass wir alle in den Sozialstaat einzahlen und ihn damit finanzieren. Jedoch sind Einkommen aus Arbeit wesentlich höher steuerlich belastet als Kapitaleinkommen. Letztere generieren nur 2,3 Milliarden Euro und sind mit 25 % auf Zinseinkommen und 27,5 % auf Dividenden recht niedrig besteuert. Es wird also Zeit für Gerechtigkeit zu sorgen, die Arbeitseinkommen zu entlasten und von den Kapitaleinkommen einen gerechten Beitrag zu verlangen.

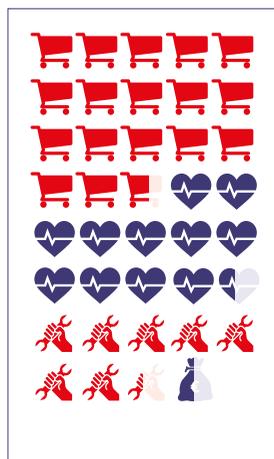
WER TRÄGT WIEVIEL ZUM GEMEINWOHL BEI?

Jedes Symbol = 1 % Steuern und Abgaben vom Einkommen.

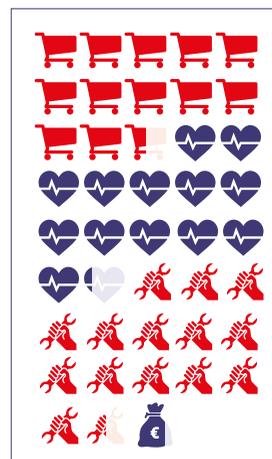
 Steuer auf Konsum
  Sozialversicherung
  Einkommenssteuer
  Kapitalertragssteuer



Ø Steuern und Abgaben des unteren Drittels: 33,7 %.



Ø Steuern und Abgaben des mittleren Drittels: 37,5 %.



Ø Steuern und Abgaben des oberen Drittels: 40,5 %.

Quelle: Humer/Moser, 2016

Pensionen

Das System funktioniert – aber nur für Männer!

Immer wieder kommt das heimische Pensionssystem unter Druck: Seit der Einführung des Umlageverfahrens versuchen neoliberale Parteien und Gruppen gegen die Interessen der Allgemeinheit die private Pensionsvorsorge durchzusetzen. Dem österreichischen Pensionssystem wird im Inland der Kollaps nachgesagt, während es im Ausland gelobt wird. Allen Unkenrufen zum Trotz bleibt festzuhalten: Unser Pensionssystem ist stabil und sicher. Damit das System weiterhin so gut funktionieren kann, gilt es genügend Menschen in den Arbeitsprozess zu integrieren und für gute Löhne zu sorgen. Deshalb sind Forderungen wie eine Jobgarantie und gute Löhne so wesentlich, weil sie neben dem laufenden Einkommen, auch das Auskommen der derzeitigen PensionistInnen sichern, sowie später einmal die eigene Rente. Gerade in der Corona-Krise hat es sich als Vorteil herausgestellt, dass 90 % der Pensionsleistungen in Österreich nicht an die dramatisch gesunkenen Börsenkurse angebunden waren, wie es bei privaten Pensionsversicherungen der Fall ist.

Oberösterreich bei Frauenpensionen Vorletzter
Die durchschnittliche Alterspension beträgt in Ös-

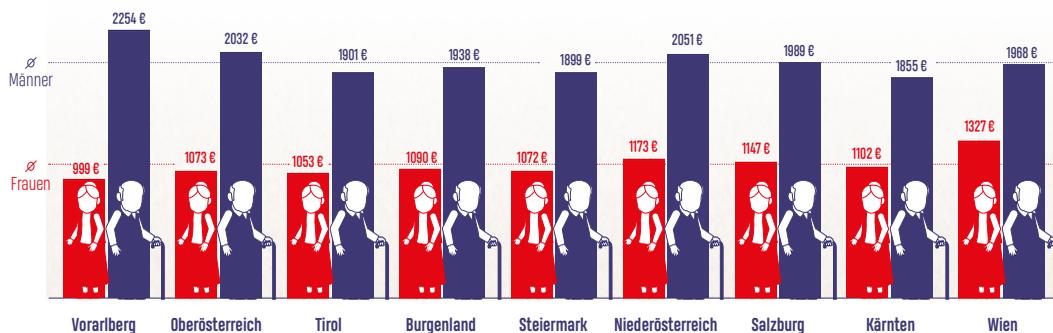
terreich 1.196 Euro pro Monat. Die Mindestpension liegt für Einzelpersonen bei 966 Euro monatlich. 76 % zuerkannter Alterspensionen liegen über diesem Richtwert. Während 89 % der Männer auf 40 Versicherungsjahre kommen, sind es lediglich 41 % der Frauen. Männer erhalten im Durchschnitt 42 % mehr Pension als Frauen. In Oberösterreich sind es sogar 47%, das ist die zweitgrößte Kluft zwischen Männer- und Frauenpensionen nach Vorarlberg. Es besteht also dringender Handlungsbedarf. Um den Pensionsunterschied zwischen Männern und Frauen auszugleichen, braucht es unter anderem eine Ausweitung der Anrechnung von Karenzzeiten und den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung, sowie die allgemeine Aufwertung von Zeiten der Kinderbetreuung und Pflege für die Pension. Ziel muss für alle Pensionen weiterhin bleiben, die Kaufkraft der PensionistInnen zu stärken, um Altersarmut vorzubeugen und auch der jüngeren Generation ein gutes System zu übergeben.

Zum Weiterlesen:

Wöss, J. (2020): Sozialstaat – Stabilitätsanker in der Krise, unter: <http://bit.do/pensionen>

BRUTTOPENSIONEN VON FRAUEN UND MÄNNERN IM VERGLEICH

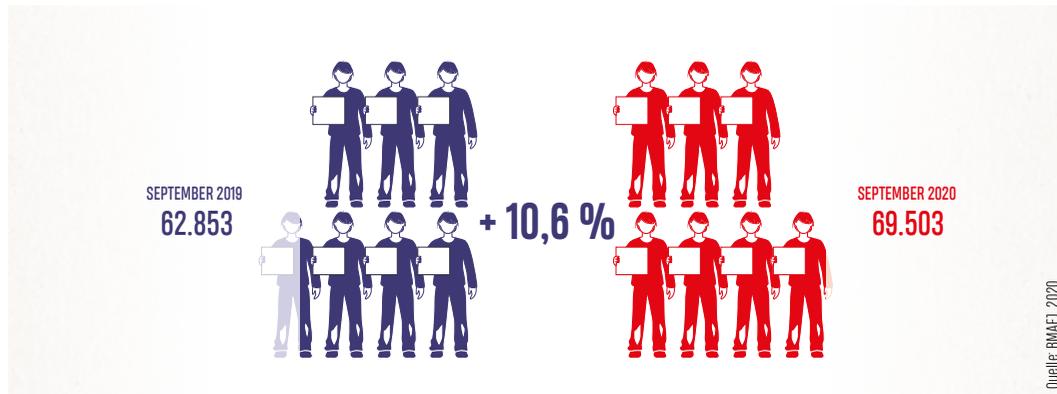
Quelle: MA 23 - Wirtschaft, Arbeit und Statistik der Stadt Wien, 2020



Jugendarbeitslosigkeit

Unsere Zukunft sichern

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT STEIGT RASCH



Rutscht die Wirtschaft in die Krise steigen die Arbeitslosenzahlen und weniger neue Arbeitskräfte werden eingestellt. Jobchancen für SchulabsolventInnen gehen genauso zurück wie das Lehrstellenangebot. Außerdem sind junge Menschen eher von Kündigungen betroffen als ältere: Denn in die älteren Arbeitskräfte haben die Unternehmen schon mehr Geld und Zeit investiert. Auch rechtlich drückt sich dieses Missverhältnis in kürzerer Kündigungsfrist und schwächerem Kündigungsschutz bei weniger langer Betriebszugehörigkeit aus.

Eine verlorene Generation droht

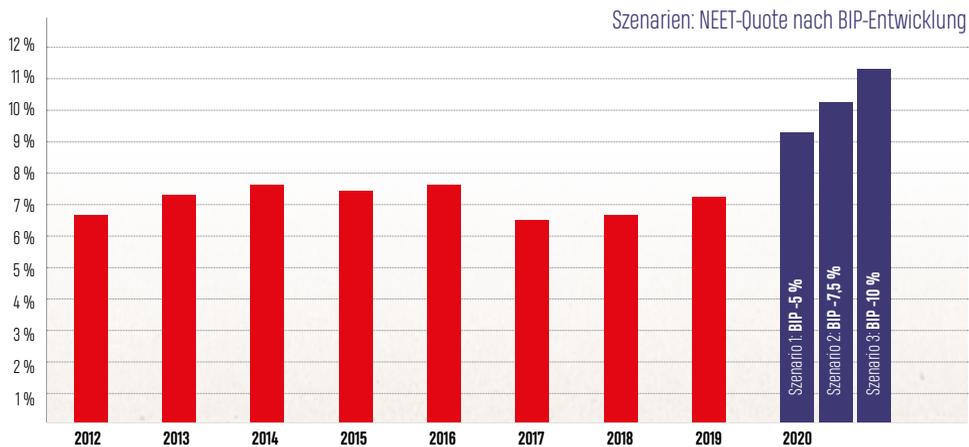
Nach dem ersten Corona-Lockdown ist der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit umso dramatischer. Im September 2020 waren österreichweit 69.503 junge Menschen entweder arbeitslos oder in Schulungen. 8.406 davon waren auf Lehrstellensuche. Das ist ein Plus von 10,6 % gegenüber dem Vorjahr. Im selben Zeitraum waren in Oberösterreich 5.201 Personen unter 25 arbeitslos, 2019 waren es zum

selben Zeitpunkt 4.330, das ist ein Plus von 20 %. Eine verlorene Generation droht, deshalb braucht es ein Jugendrettungspaket. Die überbetrieblichen Ausbildungsangebote müssen ausgebaut und eine Jobgarantie für junge Menschen eingeführt werden. Für SchulabsolventInnen, die in der aktuellen Krise keine Arbeit finden können, gilt es zusätzliche Ausbildungsprogramme zu entwickeln. Eine Job- und Ausbildungsgarantie für alle unter 25 Jahren ist das wirksamste Mittel um eine verlorene Generation zu verhindern und jungen Menschen auch in der Corona-Krise Zukunftsperspektiven zu geben.

WUSSTEST DU SCHON?

Eine Arbeitslosigkeitsdauer von sechs Monaten bei 22-jährigen führt zu einem um 8 % geringeren Stundenlohn im Alter von 23 Jahren. Mit 26 Jahren liegt der Lohnunterschied immer noch bei 5 % und mit 30 bis 31 Jahren bei 2 bis 3 %.

WIEVIELE NEET-JUGENDLICHE GIBT ES IN ÖSTERREICH?



Quelle: Bacher, Tamesberger/Eurostat, 2020

Jugend ohne Zukunft

Ausbildung schafft Perspektiven

Junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren, die sich weder in Beschäftigung, Ausbildung oder Schulung befinden, werden als „NEET“ (Not in Employment, Education or Training) bezeichnet. Die NEET-Quote lag 2019 in Österreich bei 7,1 %, das sind 65.200 Betroffene. Bis 2009 ist die NEET-Quote leicht zurückgegangen, seitdem hat sie sich auf hohem Niveau verfestigt. In Oberösterreich zeichnete sich 2019 eine positive Entwicklung ab: die NEET-Quote sank auf 5,3 %. Durch die generell steigende Arbeitslosigkeit in der Corona-Krise und die fehlende Unterstützung für Junge wird die NEET-Quote wieder ansteigen. Statistisch am häufigsten betroffen sind ältere Jugendliche, Jugendliche in Städten und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Die Gründe sind meist früher Schulabgang oder Erkrankungen, bei Frauen oft auch Betreuungspflichten.

Jobgarantie für Jugendliche

Unternimmt man nichts wird die NEET-Quote durch die angespannte Situation am Arbeitsmarkt weiter steigen. Sinnvolle Maßnahmen zur Vermeidung eines wachsenden NEET-Teils unter Jugendlichen sind Jugendcoachings und eine Ausbildungspflicht bis 18, sowie eine Ausbildungsgarantie bis 25 Jahre. So geben wir vielen jungen Menschen eine gute Zukunftsperspektive und verhindern eine verlorene Generation.

Zum Weiterlesen:

Bacher, J. (2020): NEET-Jugendliche in Österreich: Problemausmaß, volkswirtschaftliche Kosten und Handlungsempfehlungen, unter:

<http://bit.do/neet-jugendliche>

Gesundheit und Pflege

Weg mit dem Sparstift!

Unser Gesundheitswesen ist seit Jahrzehnten unter Druck. In Österreich wurden seit 1994 15 % der Akutbetten eingespart. In Oberösterreich waren es sogar 20 %. Das hat sich mit dem Ausbruch des Coronavirus als großer Fehler herausgestellt. Große Teile der Gesundheitsinfrastruktur dürfen nicht gewinnorientiert organisiert werden, sondern müssen einer Bedarfsorientierung folgen. Mehr Effizienz kann hingegen im besseren Zusammenspiel von niedergelassenen ÄrztInnen und Spitälern erzielt werden, anstatt blind den Sparstift anzusetzen. Zur Entlastung der Spitäler braucht es den Ausbau von Tageskliniken und Primärversorgungszentren, die sich an den jeweiligen Bedürfnissen in der Region orientieren.

Krank in der Pflege

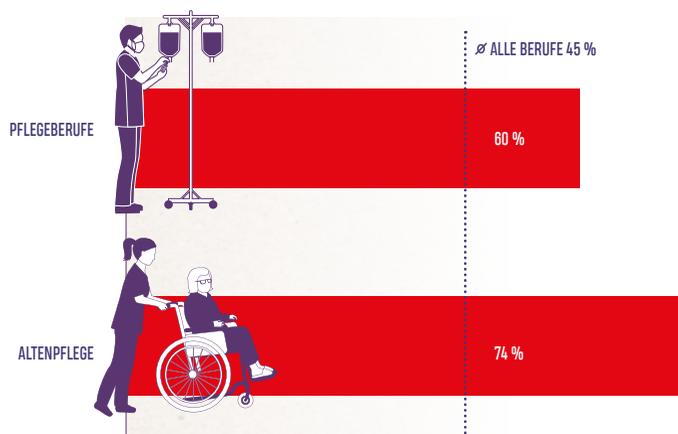
Eine weitere Baustelle ist die Pflege und das allgemeine medizinische Personal. Oberösterreich hat zwar die höchste Betreuungsquote in Alten- und Pflegeheimen, aber mehr als die Hälfte des Perso-

nals im Pflege- und Krankenhausbereich klagt über verschiedene körperliche und psychische Beschwerden. Viele kommen aus Pflichtbewusstsein gegenüber den KollegInnen auch krank zur Arbeit, damit diese den Ausfall nicht kompensieren müssen. Das schlägt sich auf die Zufriedenheit am Arbeitsplatz nieder: Ein Großteil der Beschäftigten geht davon aus, dass sie ihren Beruf nicht bis zur Pension ausüben können. Eine Aufstockung der personellen Kapazitäten ist dringend notwendig, dafür müssen aber auch die Löhne angehoben und die Arbeitsbedingungen attraktiver gestaltet werden. Außerdem sollten alle Menschen, die in der Corona-Krise ihre Gesundheit in systemrelevanten Jobs riskiert haben, eine Bonuszahlung von mindestens 1.000 Euro erhalten, wie es in Frankreich der Fall ist.

Zum Weiterlesen:

AK OÖ (2018): Arbeitsbedingungen in der mobilen und stationären Langzeitpflege in Oberösterreich, unter: <http://bit.do/gesundheitsberufe>

„IN MEINEM DERZEITIGEN BERUF HALTE ICH NICHT BIS ZUR PENSION DURCH.“

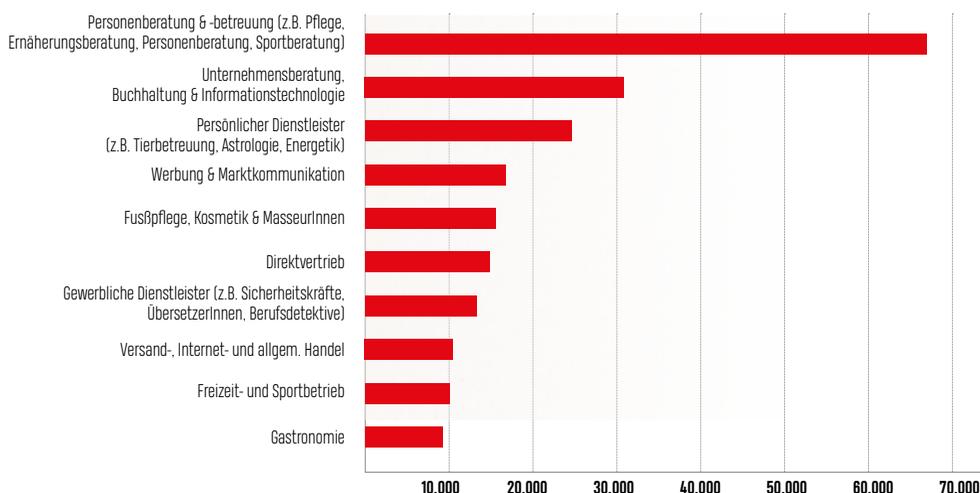


Quelle: AK OÖ, Arbeitsklimaindex 2020/1

Ein-Personen-Unternehmen

Den Selbstbehalt endlich abschaffen

WELCHE ARBEIT MACHEN EIN-PERSONEN-UNTERNEHMEN?



In Österreich sind 315.900 oder rund 60 % der Betriebe sogenannte Ein-Personen-Unternehmen (EPU). Ihre Zahl nimmt seit Jahren stetig zu. Die größte EPU-Gruppe ist die Personenberatung und -betreuung, der Frauenanteil liegt hier bei 93 %. Allgemein sind mehr als die Hälfte der Ein-Personen-Unternehmen in Österreich weiblich. In Oberösterreich gibt es 48.661 Ein-Personen-Unternehmen, der dritthöchste Wert nach Wien und Niederösterreich.

Kranksein darf keine Frage des Geldes sein

Die Corona-Pandemie ist für die EPU's aus doppeltem Grund existenzbedrohend. Zum einen konnten diese während des Lockdowns ihren Tätigkeiten nicht nachgehen, andererseits ist Kranksein für Selbstständige aufgrund des 20 %-igen Selbstbehaltes bei Arztbesuchen auch noch teuer. Für viele EPU's ist das eine hohe finanzielle Hürde, die sie ne-

ben dem krankheitsbedingtem Verdienstaussfall zusätzlich kompensieren müssen. Corona hat uns gezeigt, dass die Gesundheit eines der höchsten Güter ist. Es muss daher allen Menschen gleichermaßen möglich sein, eine Behandlung in Anspruch zu nehmen, die durch unser solidarisches Versicherungssystem abgedeckt ist und keine zusätzlichen Kosten für die Betroffenen verursacht. Krankheit darf keine Kostenfrage sein, deswegen ist der Selbstbehalt in der Sozialversicherung für Solo-Selbstständige und kleine UnternehmerInnen abzuschaffen.

WUSSTEST DU SCHON?

Laut dem Einkommensbericht der Statistik Austria von 2018 liegt das Medianeinkommen der selbstständigen Beschäftigten bei jährlich 11.617 Euro. Das entspricht einem monatlichen Einkommen von 968 Euro und liegt somit unter der Armutsgefährdungsschwelle.

Löhne und Mieten

Wohnen muss leistbar bleiben

In Österreich leben knapp 42 % der Bevölkerung zur Miete, 43 % davon in privaten Mietwohnungen. Zwischen 2005 und 2019 sind die Durchschnittsmieten für Wohnungen inklusive Betriebskosten um 183 Euro oder 52 % gestiegen. Der Verbraucherpreisindex zeigte zwischen 2007 und 2019 ein Plus von 40 % bei Mietpreisen. Die Löhne ziehen mit dieser Preisentwicklung aber nicht mit: Das Medianeinkommen der unselbständigen Erwerbstätigen verzeichnet nur ein Plus von 19 %. Wohnen wird also immer mehr zur finanziellen Belastung.

70 % aller neu abgeschlossenen Mietverträge für private Mietwohnungen sind zeitlich befristet. Das bringt eine enorme Unsicherheit für MieterInnen mit sich. Die meisten wissen nicht, ob ihr Mietverhältnis nach der Befristung weiterlaufen wird oder ob sie ohne Wohnung dastehen. Weil MieterInnen darum fürchten müssen, dass ihr Vertrag nicht verlängert wird, werden kaum Mietzinsüberprüfungen angestoßen. Eine Studie der Arbeiterkammer zu befristeten Mietverträgen hat gezeigt, dass für Altbauwohnungen in Wien dadurch fast 100 % mehr ver-

langt wurde, als gesetzlich zulässig gewesen wäre. In Oberösterreich waren 2019 etwa 38.200 Mietverträge befristet und im Durchschnitt um 79,5 % teurer als unbefristete Mietverträge.

Befristete Mietverträge abschaffen

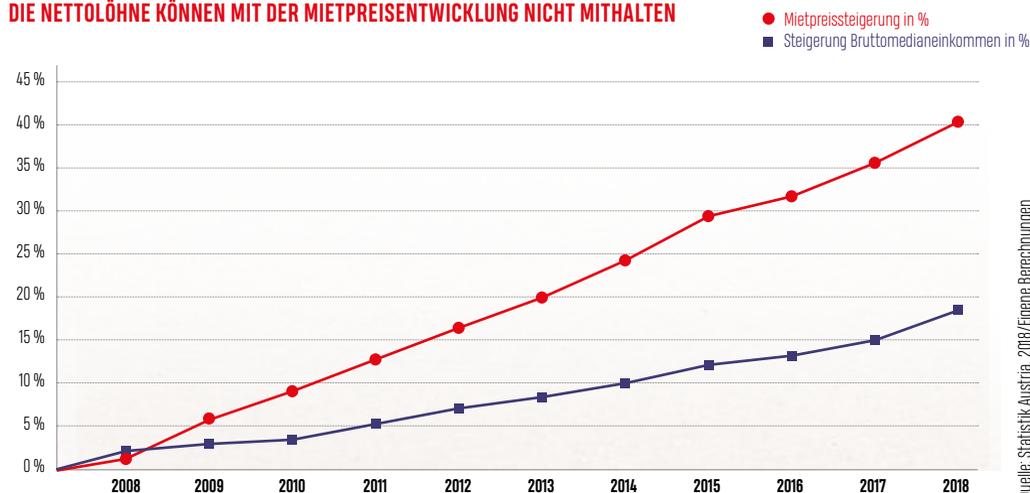
Befristete Mietverträge müssen also abgeschafft werden, damit Preismanipulationen und Wucher aufhören. Um Wohnungspreise auf einem leistbaren Niveau zu halten, braucht es auch eine mutige Wohnraum- und Flächenwidmungspolitik. Ein Ausbau des Angebots an sozialem Wohnbau auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene ist notwendig. Auch der Leerstand von Wohnungen, der das Angebot verknappt und damit die Preise in die Höhe treibt, muss meldepflichtig sein. Eine Abgabe auf Wohnungen, deren Leerstand nicht gerechtfertigt werden kann, muss zur Pflicht werden.

Zum Weiterlesen:

Fröhlich, A./Rendl, J. (2020): Höchste Zeit für eine soziale Wohnoffensive, unter:

<http://bit.do/wohnbauoffensive>

DIE NETTOLÖHNE KÖNNEN MIT DER MIETPREISENTWICKLUNG NICHT MITHALTEN



Wohnungsmarkt

In Oberösterreich steigen die Mieten

Wohnen wird für viele Menschen zu einer zunehmenden finanziellen Belastung. Haushalte in privaten Mietverhältnissen gaben 2019 im Durchschnitt 27 % ihres Einkommens für die Miete aus, bei armutsgefährdeten Haushalten waren es sogar 37 %. In Städten liegt der Schnitt noch höher: 40 % des Einkommens wurde für die Miete aufgebraucht.

Teurer privater Wohnungsmarkt

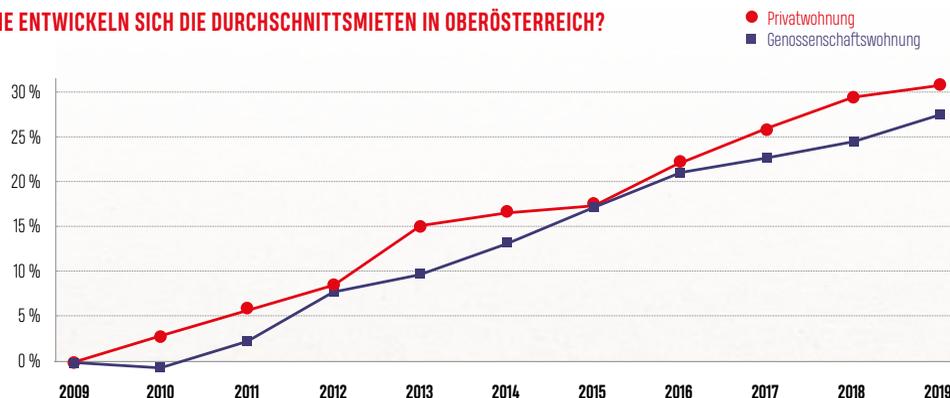
Mit 45 % wohnt der Großteil der OberösterreicherInnen im Hauseigentum, wesentlich weniger (8%) im Wohnungseigentum. Genossenschaftswohnungen machen mit 21 % den größten Teil der Mietwohnungen in Oberösterreich aus. 12 % leben in privaten Mietwohnungen. Die Durchschnittsmiete liegt hier bei 506 Euro inklusive Betriebskosten. In einer Genossenschaftswohnung bezahlt man 30 Euro weniger als der Durchschnitt, in einer Privatwohnung 65 Euro mehr. Die Miete in Genossenschaftswohnungen stieg in den letz-

ten 10 Jahren um 113 Euro, am privaten Wohnungsmarkt um 127 Euro. Linz liegt mit seinen Mietpreisen unter dem Durchschnittsniveau des Landes. Insgesamt sind über die Hälfte der Wohnungen in Linz in Privatbesitz, jedoch ist knapp ein Viertel im Eigentum von gemeinnützigen Bauträgern. Mit dem derzeitigen Bauoffensiven für Wohnungen wird das Angebot an die demographische Entwicklung angepasst und einer Verknappung von Wohnraum vorgebeugt. Allerdings braucht ganz Oberösterreich dringend ein erweitertes Angebot an sozialem Wohnungsbau und eine mutige Flächenwidmungspolitik.

WUSSTEST DU SCHON?

In Oberösterreich gibt es gerade einmal 3 % Gemeindewohnungen. Dort bezahlt man durchschnittlich 393 Euro Miete, das sind 113 Euro weniger als die Durchschnittsmiete in Oberösterreich.

WIE ENTWICKELN SICH DIE DURCHSCHNITTSMIETEN IN OBERÖSTERREICH?



Quelle: Statistik Austria, 2020/Eigene Berechnungen

Gewalt an Frauen

Verdoppelung der Frauenmorde in nur 5 Jahren

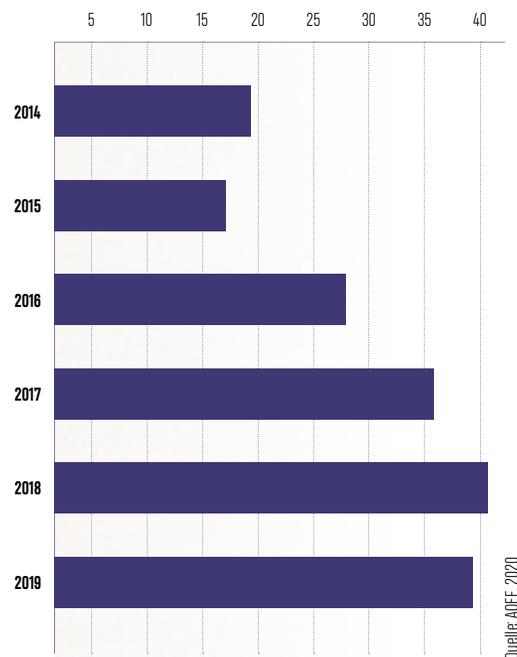
Die Zahl der Frauenmorde stieg in den letzten Jahren erschreckend stark an. In vielen Fällen gehen diese Taten von den Ehemännern oder Ex-Partnern aus. Parallel dazu sparte die schwarzblaue Regierung massiv bei Frauenhäusern und Gewaltschutzorganisationen ein. Dazu kommt, dass die Sicherheitskonzepte für Frauenhäuser immer mehr aufgeweicht werden. Bis zum November 2020 ereigneten sich bereits 20 Morde und 22 Mordversuche bzw. schwere Gewalt gegen Frauen. Im Jahr 2019 wurden 39 Frauen ermordet. Jede fünfte Frau ist im Laufe ihres Lebens körperlicher und sexueller Gewalt ausgesetzt. Jede dritte Frau erfährt ab ihrem 15. Lebensjahr sexuelle Belästigung, jede 7. Frau ist von Stalking betroffen. Im Jahr 2018 suchten 18.526 von häuslicher Gewalt Betroffene Gewaltschutzzentren und Interventionsstellen auf. Die Dunkelziffer ist aber wesentlich höher, da nicht alle Gewalttaten angezeigt werden.

Platzmangel in Frauenhäusern

Für Oberösterreich hat der Landesrechnungshof vorgerechnet, dass es 2019 148 Plätze in Frauenhäusern gebraucht hätte, aber nur 41 verfügbar waren. Bis 2026 sind 18 zusätzliche Plätze geplant, das ist aber viel zu wenig. Mit 58 % ist Platzmangel der häufigste Grund, warum schutzsuchende Frauen in Frauenhäusern nicht aufgenommen werden können. Es braucht daher schnellstmöglich eine Initiative zum Aus- und Neubau von Gewaltschutzeinrichtungen. Im März 2020, während der ersten Hochphase der Corona-Pandemie, hatten österreichische Frauenhäuser Alarm geschlagen, dass das Limit ihrer Kapazitäten erreicht sei. Häusliche Gewalt traf nicht nur Frauen, sondern auch Kinder.

Beratung und Informationen für Frauen, die von Gewalt betroffen sind, gibt es bei der Frauenhelpline gegen Gewalt: 0800 222 555

FRAUENMORDE IN ÖSTERREICH



WUSSTEST DU SCHON?

Gewalt von Männern gegen Frauen kommt in allen sozialen Schichten, Nationen, Familienverhältnissen und Berufsgruppen vor. Gewalt an Frauen ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Die Ursachen dafür wurzeln tief, beispielsweise in der Abwertung von Frauen, beleidigender Sprache und patriarchalen Rollenbildern.

Beschäftigungslosigkeit

Ein Recht auf Arbeit

Arbeit bringt finanzielle Unabhängigkeit, aber sie trägt auch wesentlich zur sozialen Teilhabe und dem menschlichen Wohlbefinden bei. Im September 2020 waren in Oberösterreich jedoch 48.392 Menschen (+22 % zum Vorjahr) arbeitslos oder in Schulungen. Es muss also schnellstmöglich gehandelt werden. Beschäftigungslosigkeit verschlechtert den Gesundheitszustand und die Lebenszufriedenheit. Zu existentiellen Sorgen und möglicher Armutsgefährdung kommt, aufgrund von gesellschaftlicher Stigmatisierung, auch psychischer Druck, so schnell wie möglich wieder eine Arbeit zu finden. Für viele Menschen funktioniert das aber nicht. Österreichweit waren im September 2020 120.516 Personen Langzeitbeschäftigungslos. In Oberösterreich waren 5.946 Personen seit einem Jahr oder länger auf Arbeitssuche, das ist ein Plus von 62% gegenüber dem Vorjahr.

Psychosoziale und ökonomische Vorteile

Eine Jobgarantie ist eine so einfache wie elegante Lösung für Arbeitslosigkeit: Es werden öffentliche und gemeinnützige Arbeitsplätze finanziert (ähn-

lich wie bei der Aktion 20.000). Die öffentliche Hand schafft für Gruppen mit Vermittlungsschwierigkeiten (v.a. BerufseinsteigerInnen, Langzeitbeschäftigungslose und ältere Arbeitslose) eine Beschäftigungsmöglichkeit. Arbeitslose können sich so ein Netzwerk aufbauen und bestehende Qualifikationen ausbauen oder neue erlernen. Die Gesellschaft profitiert wiederum von sinnvollen Produkten und Dienstleistungen. Neben den vielen psychosozialen und materiellen Vorteilen für Arbeitslose hat eine Jobgarantie auch gesamtwirtschaftlich gesehen Vorteile: Sie wirkt gegen die Krise am Arbeitsmarkt und stabilisiert die Konsumnachfrage.

Zum Weiterlesen:

Tamesberger, D./Theurl, S. (2019): Mit einer Jobgarantie die Knappheit an Arbeitsplätzen bekämpfen, unter: <http://bit.do/beschaefigungslosigkeit01>

Picek, O. (2020): Eine Jobgarantie für Österreichs Langzeitarbeitslose, unter: <http://bit.do/beschaefigungslosigkeit02>

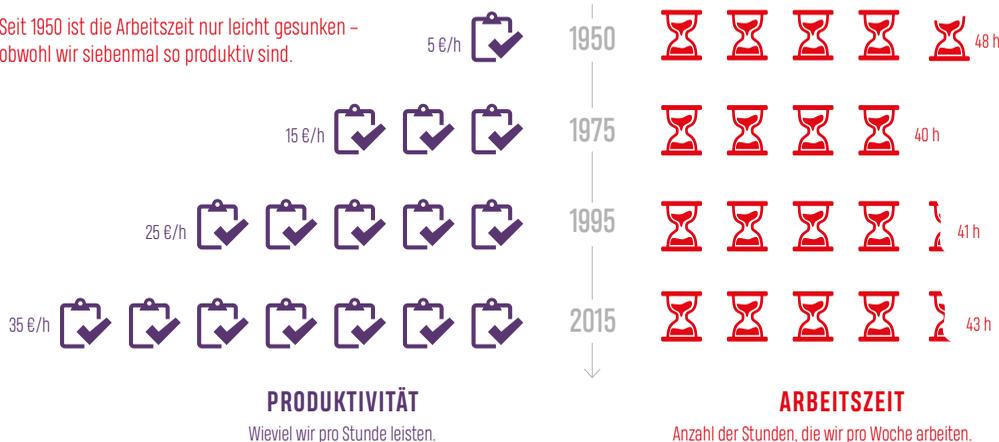
WIEVIELE LANGZEITBESCHÄFTIGUNGSLOSE GIBT ES IN ÖSTERREICH?



Arbeitszeitverkürzung

Weniger Arbeit, mehr Leben

Seit 1950 ist die Arbeitszeit nur leicht gesunken – obwohl wir siebenmal so produktiv sind.



Durch das Krisen-Instrument „Kurzarbeit“ wurde die Debatte um eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit wieder laut. Seit 1950 hat sich die Produktivität der Arbeit versiebenfacht. Gleichzeitig sank die durchschnittliche Arbeitszeit seit 1950 nur bis in die 1970er Jahre. Danach stieg sie wieder leicht an. Die ÖsterreicherInnen arbeiten im Schnitt 43 Stunden in der Woche, das ist das zweithöchste Wochenstundenvolumen in der EU. Nur in Griechenland wird mehr gearbeitet. Von der ArbeitgeberInnenseite wird Arbeitszeitverkürzung aber oft als standortschädlich abgelehnt. Dabei zeigt die voestalpine in Linz wie es geht: Dort arbeiten 1.000 Beschäftigte seit der Stahlkrise 2008 in einem Fünfschicht-Modell nur 34 Stunden. Diese Umstellung brachte 55 freie Tage mehr im Jahr und trug wesentlich zur Zufriedenheit der MitarbeiterInnen und zur Verbesserung des Betriebsklimas bei. Anfangs hatte dies 3,58 % Lohninbußen vom Bruttolohn zur Folge. Die ersten zwei Jahre wurde die Hälfte des Verdienstentgangs vom Arbeitsmarktservice ersetzt, dann sprang der Konzern ein, bis der Kollektivvertrag wieder den ursprünglichen Wert erreicht hatte. Das neue Modell schuf zusätzlich neue Arbeitsplätze. Ähnlich bei dem Online-Marketing Unternehmen eMagnetix aus Bad Leonfelden:

Die Reduktion der Arbeitszeit auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich hat auch die Suche nach geeigneten Fachkräften erleichtert. Das Unternehmen verzeichnet neben höherer Zufriedenheit der ArbeitnehmerInnen auch wirtschaftliche Erfolge.

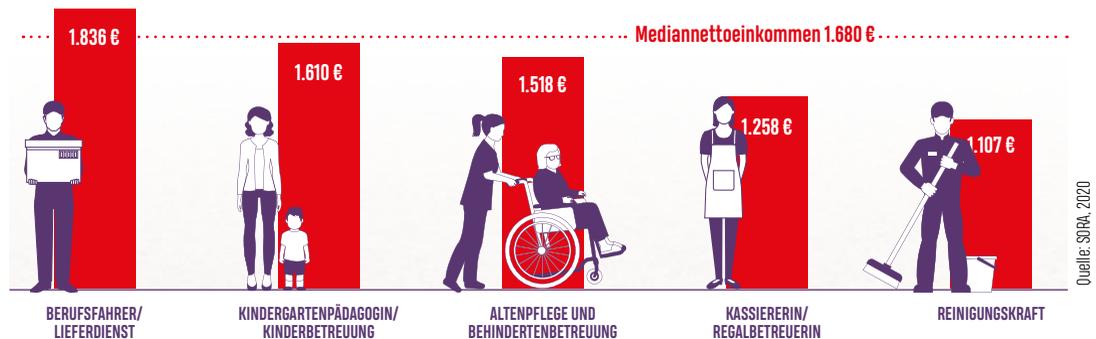
Arbeit umverteilen

Eine generelle Arbeitszeitverkürzung trägt zur Linderung der aktuell grassierenden Arbeitslosigkeit bei und hilft bei der Neuverteilung von Arbeit. Nicht nur für Menschen in Vollzeitarbeit hat eine Verkürzung der Arbeitszeit Vorteile, auch für Menschen in Teilzeitarbeit bringt es eine effektive Lohnerhöhung. All diese Aspekte tragen zur Zufriedenheit und Produktivität der ArbeitnehmerInnen bei, was sich wiederum, wie wir am Beispiel eMagnetix sehen können, positiv auf die Geschäftseinnahmen der Unternehmen auswirkt.

WUSSTEST DU SCHON?

Laut einer Umfrage von karriere.at befürwortet jede/r zweite ArbeitnehmerIn eine 30-Stunden Woche, nur jede/r fünfte ist für die Beibehaltung der 40-Stunden Woche. Überraschend: 60 % der befragten ArbeitgeberInnen sind für eine 30-Stunden Woche.

WIE VIEL VERDIENEN MENSCHEN IN SYSTEMERHALTENDEN BERUFEN?



Systemrelevante Berufe

Bessere Löhne statt Applaus

Die Corona-Krise hat Frauen besonders getroffen: Sie machen 85 % aller Beschäftigten aus, die durch den ersten Corona-Lockdown ihre Arbeit verloren haben. Im September 2020 suchten österreichweit 162.445 Frauen nach Arbeit. Und das obwohl in den systemrelevanten Berufen, die das Land am Laufen gehalten haben, mehr Frauen als Männer arbeiten. KassiererInnen und RegalbetreuerInnen sind zu über drei Viertel weiblich, dasselbe gilt für Reinigungskräfte oder medizinisches Assistenzpersonal. Auch Behinderten- und AltenpflegerInnen sind meist Frauen. KindergartenpädagogInnen sind zu 88 % weiblich und LehrerInnen zu 58 %. Nur in der öffentlichen Sicherheit, bei den BerufsfahrerInnen und Lieferdiensten sind 85-91 % Männer.

Systemrelevante NiedrigverdienerInnen

Der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund liegt in der Reinigungsbranche bei 56 % und bei 22 % unter den Kassa- und Verkaufskräften. 14 % der Reinigungskräfte sind geringfügig angestellt.

Im Handel sind es 7 %. Zu Arbeitsverhältnissen mit einem geringen Stundenausmaß kommt zusätzlich noch ein sehr geringer Stundenlohn. Eine Reinigungskraft erhielt 2020 1.107 Euro netto für Vollzeitarbeit, eine KassiererIn oder RegalbetreuerIn im Einzelhandel bekommt im Durchschnitt 1.258 Euro. Jobs, die sich während und nach dem Lockdown als systemrelevant erwiesen haben, müssen deutlich besser entlohnt bzw. generell neu bewertet werden. Hier geht es nicht nur um Wertschätzung für diese wichtigen Tätigkeiten, sondern auch darum, dass prekäre Arbeit und ihre Entlohnung auf die gesamte Lohnentwicklung drückt. Altersarmut besonders bei Frauen kann so verhindert werden.

Zum Weiterlesen:

Schönherr, D./Zandonella, M. (2020): Arbeitsbedingungen und Berufsprestige von Beschäftigten in systemrelevanten Berufen in Österreich, unter: <http://bit.do/systemrelevant>

Arbeit und Gesundheit

Gesundheit ist das höchste Gut

Die Zahl der Arbeitsunfälle ist in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zurückgegangen, 2018 gab es 110.000 Unfälle und 148 Tote. Dennoch gibt es noch genügend Branchen und Berufe, in denen unter widrigen und gefährlichen Bedingungen gearbeitet werden muss. 2020 fühlten sich Beschäftigte, besonders in Handwerksberufen oder am Bau sowie in den Fabriken, durch Unfall- und Verletzungsgefahr belastet. Aber auch Beschäftigte im Handel und PflegerInnen klagen über Gefährdungen im Beruf. In all diesen Branchen müssen Beschäftigte häufig Überstunden leisten, an den Wochenenden oder in der Nacht arbeiten. Mehr als die Hälfte klagt über Zeitdruck und fast zwei Drittel über schlechte Gesundheitsbedingungen. Vier von zehn Befragten halten es für unwahrscheinlich, im derzeitigen Beruf bis zur Pension durchzuhalten.

Neue Gefahr durch Corona

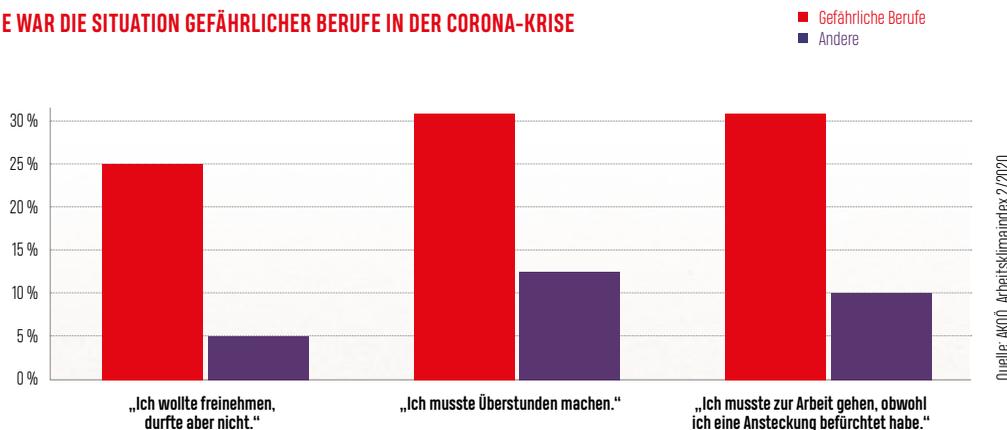
Beschäftigte in gefährlichen Berufsbranchen ziehen sich häufiger chronische Vorerkrankungen der Atemwege zu oder leiden an Bluthochdruck. Alles Krankheiten, die sie zur Risikogruppe für

das Coronavirus machen. Gleichzeitig waren es diese ArbeitnehmerInnen, die kaum ins Home-Office wechseln konnten. Ein Drittel fühlte sich nicht ausreichend vor einer Ansteckung geschützt. 31 % mussten zur Arbeit gehen, obwohl sie sich vor einer Ansteckung fürchteten. Weitere 31 % mussten zur Arbeit gehen und 25 % wollten sich freinehmen, aber durften nicht. Arbeitsbedingungen, die krank machen, sind nicht akzeptabel. Die Freistellung der "Risikogruppen" sollte auch für Menschen gelten, die Kinder oder Angehörige haben, die besonders durch das Coronavirus bedroht sind. Zusätzlich müssen Überstunden durch längere Ruhephasen ausgeglichen werden. Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung mit Personalausgleich verringert nicht nur das Arbeitsvolumen, sondern reduziert auch Unfälle am Arbeitsplatz durch Unachtsamkeit oder Zeitdruck.

WUSSTEST DU SCHON?

Regelmäßig 10 statt 8 Stunden arbeiten, erhöht das Unfallrisiko um 80 %. Und das nicht nur bei der Arbeit selbst, sondern besonders für PendlerInnen auch auf dem Arbeitsweg.

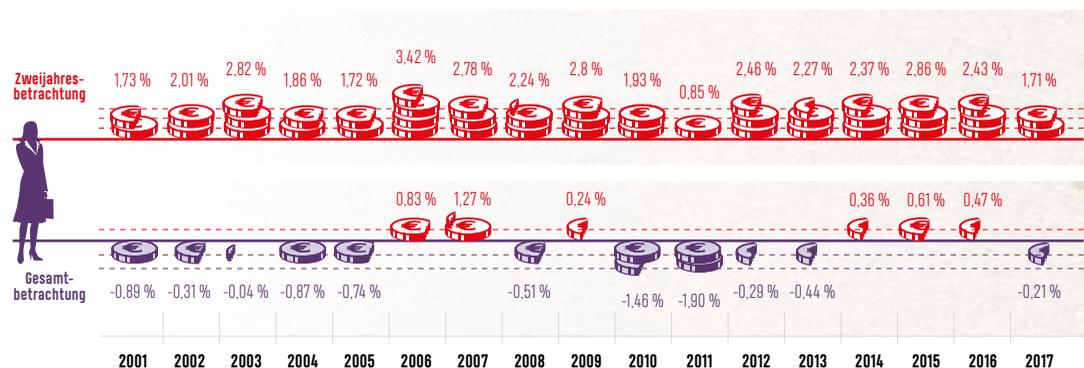
WIE WAR DIE SITUATION GEFÄHRLICHER BERUFE IN DER CORONA-KRISE



Prekäre Arbeit

Instabile Beschäftigung drückt die Löhne

WIE INSTABILE BESCHÄFTIGUNG ZU EINKOMMENSVERLUSTEN FÜHRT



Quelle: IFCSS, 2014

In den letzten Jahrzehnten kam es zu einer verstärkten Trennung des Arbeitsmarkts in sichere gut bezahlte und unsichere meist schlecht bezahlte Jobs. Der Anteil der ArbeitnehmerInnen in zeitlich befristeten Arbeitsverhältnissen ist seit der Jahrtausendwende gewachsen. Im Gegenzug sank die Zahl der Beschäftigten in Vollzeitverhältnissen zwischen 2000 und 2017 um 13 % auf 71 %. Rund ein Drittel der unselbständig Beschäftigten ist nicht mehr im gesamten Kalenderjahr angestellt. Gerade im Tourismus und in der Baubranche sind solch instabile Beschäftigungsverhältnisse zur Normalität geworden.

Stabile Beschäftigung ausweiten

Dies drückt auch auf die Lohnentwicklung in Österreich. Die Realeinkommen der durchgängig Beschäftigten sind von 2000 bis 2017 jährlich

gewachsen. Die Realeinkommen aller Erwerbstätigen, also inklusive der instabil Beschäftigten, sind in den meisten Jahren gesunken, geringe Zuwächse gab es nur in einzelnen Jahren. Das liegt daran, dass instabil Beschäftigte von der kollektivvertraglichen Lohnsteigerung oft ausgeschlossen bleiben. Es braucht also arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Förderung stabiler Beschäftigung sowie verstärkte Kontrollen und Strafen bei Sozialdumping.

WUSSTEST DU SCHON?

Wirtschaftskrisen führen zu instabilen Beschäftigungsverhältnissen. Nach der Finanzkrise 2009 wurden 60.000 Vollzeitstellen abgebaut. 2013 war der Anstieg der Teilzeitstellen doppelt so hoch wie bei Vollzeitstellen.

Gleichbehandlung

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

In Österreich sind es immer noch die Frauen, die den Großteil der unbezahlten Kinderbetreuungs- und Pflegearbeit leisten. Das zwingt viele Frauen zur Reduktion ihrer Arbeitszeit. Fehlende Ganztagsbetreuung in Schulen und Kindergärten, sowie veraltete Rollenzuschreibungen tun dazu ihr Übriges. Frauen sind überdurchschnittlich oft in Branchen tätig, die gar keine Vollzeitarbeitsplätze anbieten oder hohe Teilzeitquoten haben. Auch deshalb hat Österreich mit 48 % die zweithöchste Teilzeitquote in der Europäischen Union. Die dadurch entstehenden Einkommensunterschiede verfestigen sich über die Zeit. Im Durchschnitt verliert eine Frau, die die Kinderbetreuung übernimmt, bis zu 4.440 Euro im Jahr. Das führt auch zu niedrigen Pensionen und Altersarmut.

Ungleiche Bezahlung ist aber nicht alleine durch Teilzeitmodelle zu erklären. In Oberösterreich verdienen Frauen in Vollzeitstellen 2020 im Jahr durchschnittlich 12.500 Euro weniger als Männer, die somit bereits nach 279 Tagen so viel verdient haben, wie Frauen im ganzen Jahr. Oberösterreich liegt damit wesentlich über dem österreichischen Durchschnitt bei ungleichen Gehältern. Österreichweit verdienen Frauen 10.273 Euro weniger als Männer.

Isländisches Modell als Vorbild

Seit Jänner 2019 gilt in Island ein Gesetz, das Unternehmen verbietet Frauen und Männer für gleiche Arbeit ungleich zu bezahlen. Unternehmen sind hierbei in der Bringschuld und müssen faire Bezahlung dokumentieren, sonst drohen Sanktionen. Die in Island verpflichtenden Einkommensberichte enthalten auch einen Maßnahmenplan, wie strukturelle und finanzielle Unterschiede ausgeglichen werden. Dieses Modell muss auch in Österreich Schule

machen, um die Lohnschere zwischen Männern und Frauen endlich zu schließen.

Zum Weiterlesen:

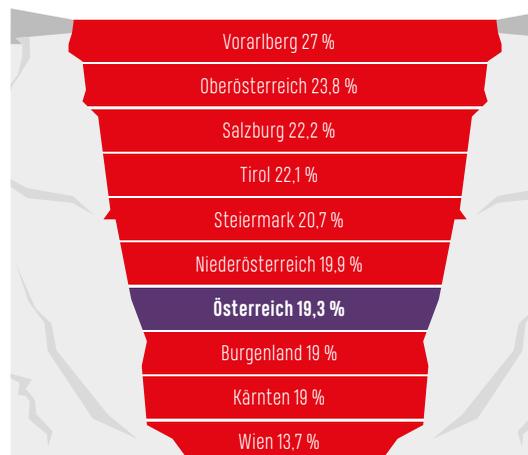
Hehenberger, A./Muckenhuber, M. (2020): Corona-Herbst & Kinder: Frauen nicht wieder alleine lassen, Policy Brief 16/2020, unter: <http://bit.do/gleichbehandlung01>

Redaktion Kontrast (2019): So hat es das kleine Island geschafft, dass Frauen und Männer gleich viel verdienen, unter: <http://bit.do/gleichbehandlung02>

LINKTIPP:

Alle Zahlen zur Gleichstellung auf einen Blick unter: ronja-verdient-mehr.at

WIEVIEL WENIGER VERDIENEN FRAUEN ALS MÄNNER?



Kinderbetreuung

Familie und Beruf müssen vereinbar sein

Kinderbetreuung und Job unter einen Hut zu bekommen stellt für viele Familien ein immer größeres Problem dar. 38 % aller erwerbstätigen Mütter und 37 % aller Väter geben an, Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuungspflichten zu haben. Vollzeitaugliche Kinderbetreuung mit Öffnungszeiten von mindestens 45 Stunden, sowie täglichen Öffnungszeiten von 9,5 Stunden an mindestens vier Tagen finden sich selten außerhalb Wiens. Auch maximale Schließzeiten von fünf Wochen im Jahr gibt es kaum. Oberösterreich hat mit 4,1 % die niedrigste Dichte an vollzeitauglicher Kinderbetreuung für unter Dreijährige und liegt mit 23,6 % am drittletzten Platz bei der Ganztagsbetreuung von Drei- bis Sechsjährigen.

Frauen verringern eher die Arbeitszeit als Männer

Die fehlenden Einrichtungen zur Betreuung von Kindern wirken sich wiederum auf die Arbeitsverhältnisse aus, insbesondere auf die der Frauen.

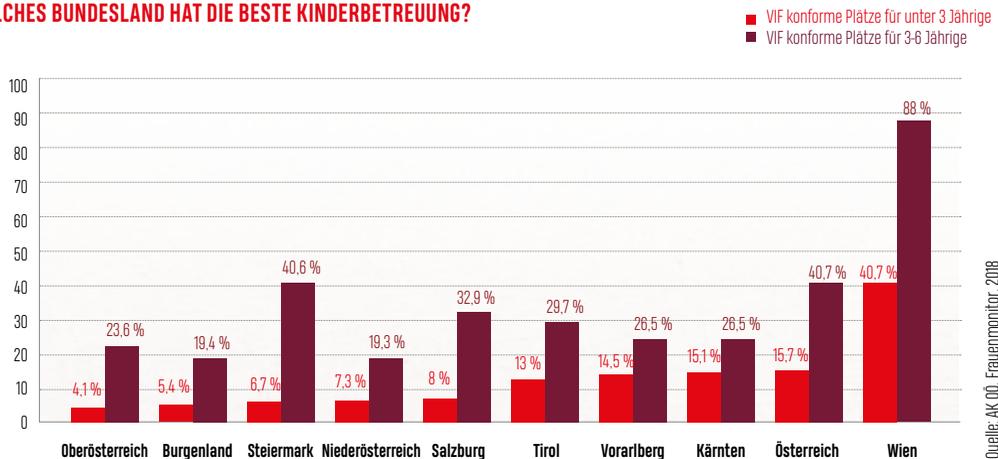
en. Traditionelle Rollenbilder sind in Österreich nach wie vor fest verankert: Väter bleiben nach der Geburt von Kindern eher ohne Unterbrechung und Reduktion der Erwerbsarbeit im Beruf. Rund 38 % der Frauen geben die Kinderbetreuung als Hauptgrund für ein Teilzeitarbeitsverhältnis an, bei den Männern hingegen sind es nur 5 %.

Ein Ausbau der vollzeitauglichen Kinderbetreuung ist also mehr als notwendig und muss schnellstmöglich auf Gemeinde- und Landesebene angegangen werden, auch im Sinne der Bildungsgerechtigkeit. Ebenso braucht es einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr.

WUSSTEST DU SCHON?

In Dänemark waren im Jahr 2019 rund 66 % aller Kinder unter drei Jahren in einer öffentlichen Betreuungseinrichtung. In Österreich hingegen waren es nur knapp 23 % aller Kinder.

WELCHES BUNDESLAND HAT DIE BESTE KINDERBETREUUNG?



Gerechte Bildung

Mehr Chancen durch Ganztagschulen

Viele berufstätige Eltern wünschen sich ein bedarfsgerechtes schulisches Angebot für ihre Kinder, um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Dennoch hält Oberösterreich an veralteten Formen der Halbtagschule fest, obwohl international Ganztagschulen längst zur Normalität geworden sind. Für individualisierten Unterricht und kindgerechte Lernformen mit individuellem, selbstständigem, kreativem und fächerübergreifendem Lernen fehlt in der Halbtagschule die Zeit. In Ganztagschulen hingegen wird die Voraussetzung für ein anderes Lernen geschaffen. Ganztagschulen arbeiten mit ganzheitlichen Konzepten, die das Vor- und Nachmittagslernen mit Freizeitphasen verbinden. Das verbessert die Bildungschancen aller Kinder und sorgt für mehr Bildungsgerechtigkeit unabhängig von der Bildung der Eltern.

Gratis Ganztagschule für alle

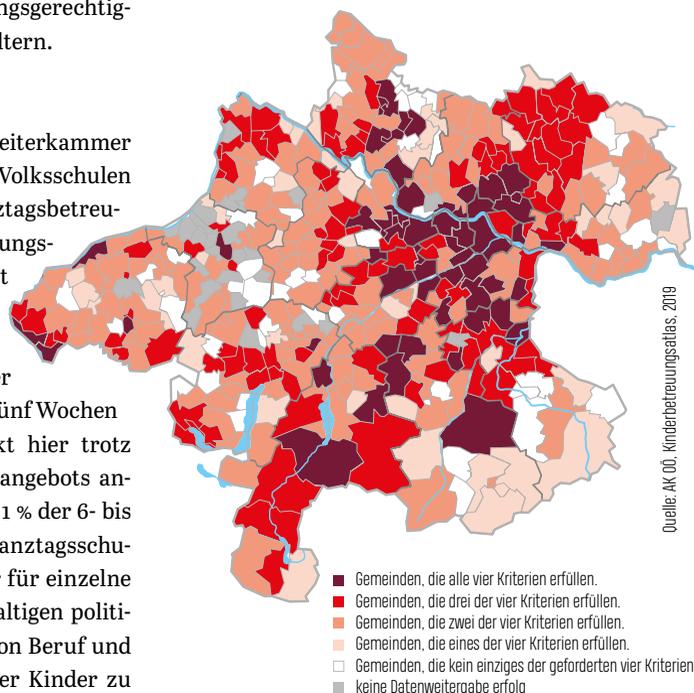
Der Kinderbetreuungsatlas der Arbeiterkammer Oberösterreich zeigt, dass 35 % aller Volksschulen nur die Hälfte der Kriterien der Ganztagsbetreuung erfüllen. Darunter fallen Öffnungszeiten von Montag bis Donnerstag mit mindestens 4 Stunden am Nachmittag, Angebot eines Mittagessens von Montag bis Donnerstag, maximal vier Wochen Schließzeit im Sommer und fünf Wochen im Arbeitsjahr. Oberösterreich hinkt hier trotz Anstiegs des Nachmittagsbetreuungsangebots anderen Bundesländern nach. Lediglich 1 % der 6- bis 14-jährigen besuchen eine „echte“ Ganztagschule, und oft gibt es diese Angebote nur für einzelne Schulklassen. Hier braucht es nachhaltigen politischen Willen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Bildungschancen aller Kinder zu

verbessern: am besten mit einem rechtlichen Anspruch auf den gebührenfreien Besuch einer Ganztagschule und einer zusätzlichen Ausschüttung von Landesmitteln, um die räumlichen und personellen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Zum Weiterlesen:

AK OÖ (2019): Kinderbetreuung von A bis Z. Krabbelstube, Kindergarten, Hort und Ganztagschule, unter: <http://bit.do/gerechte-bildung>

WIE GUT IST DIE KINDERBETREUUNG VON VOLKSSCHÜLERINNEN IN OBERÖSTERREICHS GEMEINDEN?



Bildungschancen

Bildung wird vererbt

Bildung wird in Österreich nach wie vor vererbt. Der Bildungsstand der Eltern bestimmt in den meisten Fällen auch den Bildungsweg der Kinder. In Österreich erfolgt die Wahl der geeigneten Schulform bereits im Alter von 10 Jahren. Das wirkt sich stark auf den weiteren Lebensweg aus: Wer bereits in der Unterstufe ein Gymnasium besucht hat, schlägt auch mit einer höheren Wahrscheinlichkeit einen weiterführenden Bildungsweg (AHS, BHS) ein. Anders ist das bei Kindern, die eine Hauptschule oder Neue Mittelschule (NMS) besucht haben: Die Übertrittsrate in eine zur Matura führende Schule nach einem Abschluss in einer Hauptschule oder NMS ist nicht einmal halb so hoch. Ebenso beenden mehr Kinder und Jugendliche ihre Schulbildung nach einer Hauptschule oder NMS, während der Weiterverbleib in einer maturaführenden Schule wahrscheinlicher nach Absolvierung einer AHS-Unterstufe ist.

Zeig mir deine Eltern, ich sag dir deine Bildung

Welches Kind welche Schulform wählt, hängt stark davon ab, welchen formalen Bildungsabschluss die Eltern haben. Bei fast 80 % der Kinder, die eine AHS abschließen, haben auch die Eltern einen Matura- bzw. Universitätsabschluss, während dies bei lediglich 28 % der Kinder und Jugendlichen mit einem polytechnischen Abschluss zutrifft.

Zum Weiterlesen:

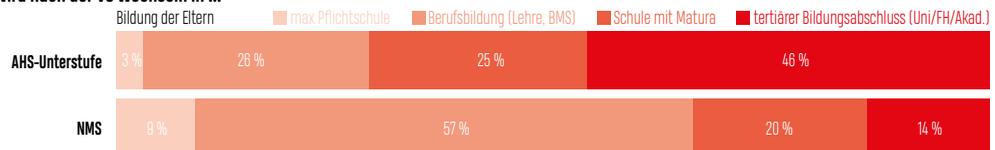
AK OÖ (2020): AK-Bildungsmonitor 2020. Soziale Auslese und früher Bildungsabbruch in Österreich, unter: <http://bit.do/bildungschancen>

LINKTIPP:

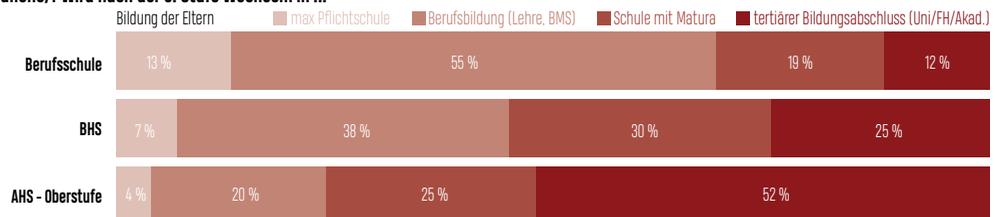
Alle Infos zu den Ungleichheiten im Bildungssystem gibt es unter: [gerechthebildung.jetzt](#)

DIE BILDUNG DER ELTERN BESTIMMT DEN BILDUNGSWEG DER KINDER

Kind wird nach der VS wechseln in ...



Jugendliche/r wird nach der 8. Stufe wechseln in ...

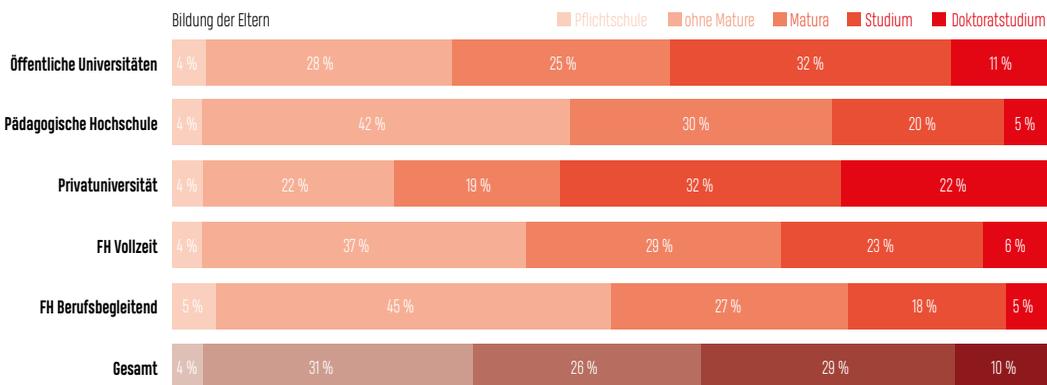


Quelle: AK OÖ, Bildungsmonitor 2020

Soziale Lage der Studierenden

Ist jeder Mensch seines eigenen Glückes Schmied?

SOZIALE HERKUNFT DER STUDIERENDEN



Quelle: IHS, Studierendensozialerhebung, 2019

Die im Juni 2020 veröffentlichte Studierendensozialerhebung zeigt, dass nicht nur die Schulwahl vom sozialen Status der Eltern abhängt, sondern auch der Universitätsbesuch: die Wahrscheinlichkeit ein Studium aufzunehmen ist für Personen, deren Eltern einen Maturaabschluss vorweisen, mehr als doppelt so hoch wie für jene, deren Eltern nicht maturiert haben. Aber nicht nur Kinder aus ArbeiterInnenfamilien sind an Österreichs Hochschulen unterrepräsentiert, auch Personen mit Migrationshintergrund nehmen nur halb so oft ein Hochschulstudium auf wie Personen ohne Migrationshintergrund.

Die Weichen werden sehr früh gestellt

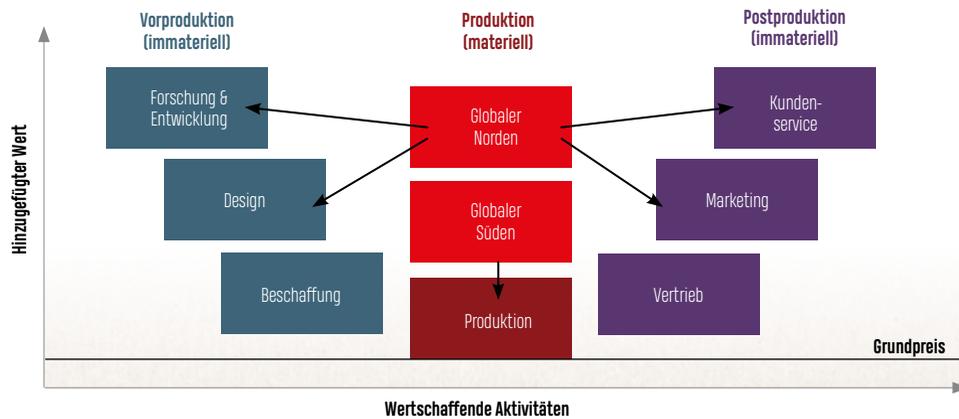
Im Jahr 2019 konnte knapp die Hälfte aller StudienanfängerInnen mit österreichischer Studienberechtigung eine AHS-Matura vorweisen. Sie sind in Fächern wie Pharmazie, Medizin und Naturwissenschaften deutlich überrepräsentiert. Im Gegensatz dazu studieren Personen, die über den zweiten Bildungsweg die Studienberechtigung erlangt

haben, überdurchschnittlich häufig an berufs begleitenden Fachhochschulen. Personen, die über einen HTL-Maturaabschluss verfügen, inskribieren häufig in technischen Studienrichtungen, während Personen mit HAK-Matura häufig in wirtschaftswissenschaftlichen Fächern inskribieren. Somit hat die davor absolvierte Schulform nicht nur Auswirkungen darauf, wer überhaupt an Hochschulen studiert, sondern auch auf die Wahl des Studiums. Eine gemeinsame Ganztagschule bis 14 Jahren kann diesem Trend, der mit der frühen Bildungswegentscheidung mit 10 Jahren zusammenhängt, entgegenwirken.

WUSSTEST DU SCHON?

Studierende an Österreichs Hochschulen (ohne Doktoratsstudierende) sind laut Studierendensozialerhebung 2019 durchschnittlich 26,9 Jahre alt. Die Familienbeihilfe kann jedoch nur bis zum 24. Geburtstag, in Ausnahmefällen bis zum 25. Geburtstag, bezogen werden und liegt somit deutlich unter dem Durchschnittsalter der Studierenden.

WERTSCHÖPFUNG ENTLANG DER WERTSCHÖPFUNGSKETTE



Quelle: Eder, 2020/Gereffi & Fernandez-Stark, 2016

Wirtschaft und Industrie

Regionale Wirtschaft stärken

Die Corona-Krise zeigt die Schwächen von globalen Wertschöpfungsketten. Aufgrund der Ausfälle ausländischer Zulieferer funktionierte die „just in time“-Produktion nicht mehr. Das ist auch ein Problem des Auslagerns der Produktion. Während Forschungs- und Innovationsabteilungen in Österreich verblieben, wurden weniger komplexe Produktionsvorgänge in Länder mit geringen Lohnkosten verlagert. Das wurde den Unternehmen, die damit Lohnkosten einsparen wollten, im ersten Lockdown der Corona-Krise zum Verhängnis. Kleine und mittlere Betriebe konnten schneller reagieren, da ihre Produktion noch vor Ort stattfindet. Sie sind auch flexibler und stopften in der Corona-Krise Versorgungslücken indem sie z.B. Masken und Schutzkleidung produzierten. Strategisch wichtige Güter sollten in Österreich produziert und lange Wertschöpfungsketten auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden.

Progressive Lösungen für den Binnenmarkt

Eine progressive Lösung muss sich aber an den lokalen Bedürfnissen und an den Möglichkeiten des regionalen Binnenmarkts orientieren. Werden Wirtschaftskreisläufe regionalisiert, so muss aber auch global darauf geachtet werden, dass in Ländern aus denen zuvor importiert wurde keine Preishocks und Lohnverfälle entstehen.

Zum Weiterlesen:

Eder, J. (2020): Von global zu (mehr) regional? Die Wirtschaft nach Corona umgestalten!, unter: http://bit.do/regionale_wirtschaft01

Baumgartner, K./Buttler V. (2017): Von freien zu zivilisierten Märkten, unter: http://bit.do/regionale_wirtschaft02

Flächenversiegelung

Gemeinsam den Flächenfraß stoppen

Österreich befindet sich im europäischen Spitzenfeld bei der Versiegelung von Flächen. Zwischen 2016 und 2019 wurden jeden Tag 12,5 Hektar Fläche neu verbaut, das entspricht gut 20 Fußballfeldern. Die Vorgabe der EU beläuft sich aber auf nur 2,5 Hektar. In Österreich wird jedoch täglich das Fünffache verbaut. In Oberösterreich wurden in den letzten 10 Jahren 14.300 Hektar verbaut, das entspricht 4 Hektar pro Tag. 2019 verbaute man in Oberösterreich 2,2 Hektar am Tag, das sind 3 Fußballfelder. Eigentlich sollte Oberösterreich aber nur in etwa ein halbes Fußballfeld pro Tag verbrauchen. Verbau bedeutet oft auch Versiegelung von Flächen. Dabei wird der Boden mit einer wasserundurchlässigen Schicht (z.B.: Asphalt auf einem Parkplatz) abgedeckt. Damit wird dem Boden seine Fähigkeit Wasser zu speichern und Schadstoffe abzubauen entzogen. Kühleffekte gehen ebenso verloren, weil auch die Verdunstung von Wasser nicht mehr funktioniert.

Best Practice in Oberösterreich

Um den Flächenfraß im Land zu stoppen ist ein koordiniertes Handeln auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene notwendig. Dabei wäre ein Modell ähnlich der Interkommunalen Betriebsansiedlung (INKOBA) am zielführendsten. Die INKOBA-Region Freistadt kaufte beispielsweise die lukrativsten Flächen rund um die entstehende S10 auf, um sie dann nach den Bedürfnissen der Region zu verwalten. Neben der Ansiedlung von Arbeitsplätzen und bedarfsorientiertem Wohnbau werden dabei auch ökologische Kriterien, wie die Europäischen Ziele zum Flächenverbrauch und Klimaschutz, miteinbezogen. So könnten BürgermeisterInnen einerseits entlastet

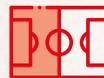
und andererseits nicht mehr von Unternehmen gegeneinander ausgespielt werden. Unbenutzte Betonwüsten, die in Österreich mittlerweile eine größere Fläche in Anspruch nehmen als Wien, werden so verhindert.

WUSSTEST DU SCHON?

Seit den 1970er Jahren gibt es immer mehr Abwanderung aus den Ortskernen an die Ränder der Gemeinden. Mittlerweile werden riesige Supermärkte außerhalb der Ortskerne errichtet und große Flächen für z.B. Parkplätze verbaut. ExpertInnen nennen das den sogenannten „Donut“-Effekt. Die Ortskerne sterben dadurch aus.

WIEVIEL FLÄCHE VERBRAUCHT OBERÖSTERREICH PRO TAG

EU-Zielvorgabe für OÖ



1/2 Fußballfeld pro Tag

Tatsächlicher Verbrauch



3 Fußballfelder pro Tag

Baufläche

z. B. Wohnbau, Friedhof



2 Fußballfelder pro Tag

Betriebsfläche

z. B. Einkaufszentren, Büros



1/2 Fußballfeld pro Tag

Verkehr

z. B. Straßen, Parkplätze



3/4 Fußballfeld pro Tag

Sonstiges

z. B. Parks



1/4 Fußballfeld weniger pro Tag

Quelle: Umweltbundesamt, 2019/Eigene Berechnungen

Mobilität

Weniger Stau: Gut für die Nerven und die Umwelt

Oberösterreich hat mit 29 % den höchsten Anteil an Treibhausgas Emissionen (THG) in Österreich. 2016 wurden 22,9 Millionen Tonnen CO₂ in Oberösterreich ausgestoßen. 3 Tonnen THG werden pro Kopf und Jahr in Oberösterreich vom Verkehr produziert, wie in fast allen Bundesländern. Nur Wien konnte seinen Treibhausgasausstoß verringern, was direkt auf das dichte Netz im öffentlichen Verkehr zurückzuführen ist. AutofahrerInnen in Oberösterreich dagegen stehen insgesamt 98 Stunden im Jahr im Stau. Das sind über vier Tage. Ein Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel in Oberösterreich wäre also nicht nur für die Umwelt eine gute Sache, sondern auch für die Nerven der PendlerInnen.

Den öffentlichen Verkehr ausbauen

Für Umweltschutz und Bewegungsfreiheit braucht es in Oberösterreich ein gut ausgebautes Netz an öffentlicher Verkehrsinfrastruktur. Nur ein solches kann Staus verhindern und damit die Umweltbelastungen lindern. Notwendig ist dafür die Elekt-

rifizierung und der Ausbau aller Nebenbahnen in Oberösterreich. Das Ziel muss sein, den Anteil des motorisierten Individualverkehrs auf 60 Prozent zu senken. Dafür braucht es einen Halbstundentakt bei Bussen und 15 Minuten Takt bei S-Bahnen zwischen 5 und 24 Uhr. Und auch die Anzahl der Verbindungen muss gerade in den ländlichen Regionen ausgebaut werden. Dafür sind 64 ein- und ausfahrende Verbindungen in jeder Gemeinde eine sinnvolle Richtgröße.

Die höhere Frequenz und die Optimierung des Nahverkehrsnetzes sind unbedingt notwendig, um den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr so attraktiv wie möglich zu machen. Staus und die damit entstehende CO₂-Belastung würden so nachhaltig vermindert werden.

WUSSTEST DU SCHON?

In der Zeit, die LinzerInnen im Stau verbringen, hätten sie 57 Fussballspiele sehen oder 99 Bäume pflanzen können.

WIEVIELE TAGE IM JAHR STEHEN WIR IM STAU?



Quelle: TomTom, 2020

Freier Seezugang Abkühlung für Alle

WIEVIEL ÖFFENTLICHEN SEEZUGANG GIBT ES IN OBERÖSTERREICH?



Die Sommer werden immer heißer und viele OberösterreicherInnen brauchen Abkühlung. In Oberösterreich haben nur knapp 4 % der Bevölkerung Zugang zu einem privaten Schwimmbecken. Der Großteil ist also auf Abkühlung im öffentlichen Raum angewiesen. Sieht man sich aber die Zugänglichkeit der oberösterreichischen Seen an, kommt man ins Stutzen. Nur 13 % des Attersees sind frei zugänglich, 76 % sind in Privatbesitz. 11 % der Fläche sind naturbelassen und aufgrund ihrer Beschaffenheit nicht als Badeplatz nutzbar. Der Hallstättersee hat 16 % freien Seezugang, 36 % sind in Privatbesitz. Die größte öffentliche Fläche stellt der Traunsee mit 18 % bereit, 43 % sind in Privatbesitz.

Seezugang wird immer mehr verbaut

In Weyregg am Attersee haben die Bundesforste einen Teil der für die Öffentlichkeit zugänglichen Fläche aufgrund von Baumängeln für die Öffentlichkeit gesperrt, um sie anschließend zu priva-

tisieren. Heute stehen dort zwei Luxus-Privatwohnungen mit Seezugang. Dass es auch anders geht zeigt das Beispiel Bodensee, wo es ein Zutrittsrecht für alle gibt und ein Verbauungsverbot auf 10 Meter besteht. In Bayern ist der freie Seezugang überhaupt in der Verfassung festgeschrieben. Auch der Achensee in Tirol ist ein Positivbeispiel, dieser befindet sich im Besitz der Stadt Innsbruck. Dort sind 62 % öffentlich zugänglich und nur 10 % in Privatbesitz. Abkühlung an heißen Tagen muss für alle Menschen möglich sein. Die öffentliche Hand muss daher Gemeingüter wie Seen stärken und nicht weiter privatisieren. Ein Zutrittsrecht für Seen muss in die oberösterreichische Landesverfassung aufgenommen und etwaige Schritte ergriffen werden, dies auch zu gewährleisten.

Zum Weiterlesen:

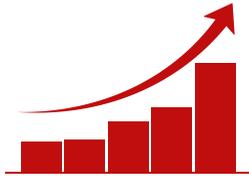
SJ OÖ (2020): Platz da! Her mit dem freien Seezugang, unter: <http://bit.do/seezugang>

Innerhalb der Europäischen Union arbeiten die Menschen nur in Griechenland mehr als in Österreich.

**VOLLZEITBESCHÄFTIGTE
ARBEITEN**
IM DURCHSCHNITT
43 STUNDEN PRO WOCHE.

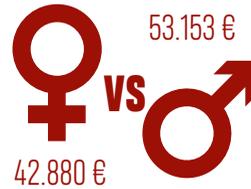


**TEILZEITBESCHÄFTIGTE
ARBEITEN**
IM DURCHSCHNITT
21 STUNDEN PRO WOCHE.



**DIE PRODUKTIVITÄT
PRO ARBEITSSTUNDE**
IST IN ÖSTERREICH VON 1995 BIS 2017
UM 32,5 % GESTIEGEN.

Dennoch hat die Arbeitszeit im gleichen Zeitraum zugenommen.



53.153 €

FRAUEN VERDIENEN
IM JAHR 2020 IN ÖSTERREICH UM RUND
19 % ODER 10.273 EURO
WENIGER ALS
IHRE MÄNNLICHEN KOLLEGEN.

42.880 €

In Oberösterreich verdienen Frauen sogar um rund 24% oder 12.501 Euro weniger.



**DIE PENSIONEN
VON FRAUEN**
SIND IN ÖSTERREICH UM RUND
42 % GERINGER
ALS DIE DER MÄNNER.



In Oberösterreich erhalten Frauen sogar um rund 47% weniger.

Gesundheitliche Beschwerden des Pflegepersonals

- 37 %** ... SCHMERZEN IN DEN BEINEN
- 40 %** ... SCHLAFSTÖRUNGEN
- 43 %** ... ERSCHÖPFUNG
- 54 %** ... KOPFSCHMERZEN/MIGRÄNE
- 70 %** ... MUSKELVERSANNUNGEN
- 71 %** ... VERSANNUNGEN



IM SEPTEMBER 2020 WAREN
408.853 PERSONEN ARBEITSLOS
ODER IN SCHULUNGEN.
RUND 22 % MEHR
ALS IM SEPTEMBER 2019.



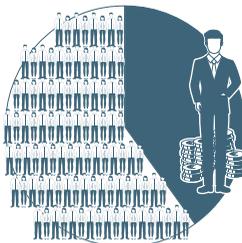
120.516 MENSCHEN
WAREN IM SEPTEMBER 2020
LÄNGER ALS EIN JAHR ARBEITSLOS.
DAS SIND **28 % MEHR** ALS IM VORJAHR.

34.548 über 50-Jährige waren im September 2020 länger als ein Jahr arbeitslos, das sind 34% mehr als im Jahr davor.



TÜRKIS-GRÜN SIEHT FÜR 2021
350 MIO. EURO WENIGER
FÜR SPITÄLER
VOR. DAMIT KÖNNTEN
2.917 ÄRZTE/INNEN
FINANZIERT WERDEN.

BEI **77 % DER**
AHS-OBERTSTUFEN
SCHÜLER/INNEN
HABEN **AUCH DIE ELTERN**
EINEN MATURA- ODER UNIABSCHLUSS.



**DAS REICHSTE 1%
BESITZT 40%**
DES GESAMTEN
NETTOVERMÖGENS
IN ÖSTERREICH.



RUND 38 % DER FRAUEN
GEBEN DIE KINDERBETREUUNG
ALS HAUPTGRUND FÜR EIN TEILZEITARBEITSVERHÄLTNIS AN.
BEI DEN **MÄNNERN** HINGEGEN
SIND ES NUR 5 %.

fb jahodabauerinstitut
tw jahodabauer
t 05/772611-31, m office@jbi.or.at
Landstraße 36/2, 4020 Linz



EINKOMMEN - VERMÖGEN - UNGLEICHHEIT FÜR DIE VIELEN, NICHT DIE WENIGEN!

Drei Broschüren zeigen alle Fakten zur Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie Hintergründe von Thomas Piketty. Mit anschaulichen Grafiken und kompakten Texten sind viele Zahlen, Daten und Fakten aufbereitet.

DOWNLOAD:

www.jbi.or.at

BESTELLUNG:

office@jbi.or.at

